

Presseerklärung der BUND-Kreisgruppe Kiel

Der MK Kaufvertrag gefährdet die Planungshoheit der Stadt

Am 10.5. soll die Ratsversammlung im nicht-öffentlichen Teil ihre Zustimmung zum bereits unterschriebenen Kaufvertrag zwischen der Stadt und der Krieger Grundstück GmbH für das Kleingartengelände Prüiner Schlag am Westring geben.

Die BUND-Kreisgruppe Kiel hat sich Ende letzter Woche in einem offenen Brief an alle Ratsabgeordneten gewandt:

Laut Kaufvertrag ist K. Krieger (dem Sconto und Möbel Kraft gehören) nicht dazu bereit, auf große Verkaufsflächen für zentrenrelevante Randsortimente (d.h. Waren, die v.a. in der Innenstadt zu finden sind, wie Wohnaccessoires, Elektrokleingeräte, Geschirr, etc.) zu verzichten. Der Rat hat jedoch im städtischen Einzelhandelskonzept den besonderen Schutz der Innenstadt beschlossen. Wenn die Stadt sich hier nicht den Wünschen Kriegers fügt, ist es ihm gestattet, das Gelände innerhalb seines Firmengeflechts weiter zu veräußern. Krieger hat sich in der Vergangenheit an verschiedenen Orten in Deutschland durch einen sehr aggressiven Ton in der Durchsetzung seiner Interessen bekannt gemacht. Beispiele aus Hanau und Duisburg, wo Flächen brach liegen und Gebäude verfallen, warnen eindrücklich. Wenn Krieger innerhalb seines Konzerns weiterverkauft, sind auch keine Fristen mehr zu wahren, innerhalb derer bebaut werden muss.

Anders als in den Ratsbeschlüssen vom 29.9.11 festgelegt, soll die gesamte Kleingartenfläche komplett zurückgebaut werden; Kleingärten sollen dann gegebenenfalls wieder neu auf nicht genutztem Restgelände entstehen; dieses Gelände, u.U. höchst unattraktiv zwischen Autobahn und Parkplatz gelegen, muss die Stadt zwecks Neu-Verpachtung ohne alten Baumbestand zurücknehmen.

Laut Kaufvertrag kommt Krieger für die Entwässerung ausschließlich des von ihm gekauften Areals auf: Bei starken Regenfällen führen große Wassereinträge erfahrungsgemäß zu einer Überlastung des sich östlich anschließenden Kanalisationssystems. Entsprechend bauliche Folgekosten müsste dann die Stadt tragen. Wir erinnern an die teilweise Sperrung der Autobahn aufgrund Überflutung kurz nach der Eröffnung von IKEA.

Von den hehren Zielen eines ersten grünen Möbelhauses in Schleswig-Holstein ist nichts übrig geblieben: Die geplanten Baulichkeiten müssen (nur noch) „grundsätzlich“ den energetischen Mindeststandards der Landeshauptstadt Kiel entsprechen, die maximale Versiegelung der Bodenfläche wird nicht festgelegt, Verzicht auf Kinderarbeit in der Produktion sowie Holz aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern finden keinen Einzug in den Kaufvertrag. Stattdessen darf vorrangig als Ausgleichsfläche für das vernichtete Grün Dach- und Fassadenbegrünung erhalten. Dazu Johannes Brodersen: „Ein maßlos überdimensioniertes Möbelhaus neben einem

Discounter auf dem zweitältesten Kleingartengelände Deutschlands ohne Einhaltung der eigenen Standards und Ratsbeschlüsse ist wahrlich kein Zeichen einer Klimaschutzstadt.“

Zusammenfassend gibt der derzeitige Kaufvertrag dem Krieger-Konzern ohne jeglichen Wettbewerb ein Kieler "Filetstück" zu nicht tragbaren Konditionen in die Hand.

Abschließend fordert die Kreisgruppe die Abgeordneten auf, sich in der Abstimmung nicht beeinflussen zu lassen durch den Umstand, dass der vorliegende Kaufvertrag mit der Krieger Grundstück GmbH bereits unterschrieben ist:

Sie bittet die Abgeordneten ihr Mandat für unser aller Lieblingsstadt wahrzunehmen und unabhängig im Sinne Kiels zu entscheiden. Nachbesserungen zu fordern muss möglich sein; denn die Aufgabe der Ratsversammlung besteht nicht im reinen Durchwinken von im Hinterzimmer beschlossenen Plänen. Das würde der Demokratie und der Akzeptanz der beteiligten Parteien durch die Wähler und Wählerinnen schaden.